



*Ein Argumentationspapier des Handwerks
einmstndmH jep tfunknz*



Zukunft der Hauptschule

Ein Argumentationspapier des Handwerks



Warum ist die Hauptschule in die Diskussion geraten?

Angesichts rückläufiger Schülerzahlen wird seit etwa einem Jahr intensiv über die Zukunft der Hauptschule diskutiert.

Diese Diskussion hat eine neue Qualität bekommen, nachdem am 10. Mai 2007 knapp 100 Hauptschulrektoren aus den Landkreisen Bodensee/Oberschwaben in einem offenen Brief an den Kultusminister geschlossen gegen das gegliederte Schulsystem protestierten. „Wir fordern die Landespolitik auf, einen längst überfälligen Paradigmenwechsel einzuleiten – weg vom selektiven dreigliedrigen Schulsystem, hin zu einem integrativen Schulsystem, in dem Kinder und Jugendliche, wie in anderen Staaten üblich, länger gemeinsam miteinander und voneinander lernen und dabei individuell gefördert werden“.

Als Grund für diesen Schritt verweisen die Rektoren auf die abnehmende Akzeptanz der Hauptschule in der Bevölkerung und die rückläufigen Schülerzahlen. Viele Reformversuche habe die Landesregierung bisher unternommen, um die Hauptschule zu retten. Doch trotz aller Innovationen und erfolgreicher pädagogischer Projekte sind viele Hauptschulen von der Schließung bedroht. Auch die Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen, die Landesregierung und Kommunen erst vor kurzem vereinbart haben, erweise sich in der Praxis als problematisch, da das Kultusministerium nicht bereit sei, integrative Modelle zu genehmigen.

Die Direktoren nehmen damit genau die Position ein, die der Baden-Württembergische Handwerkstag bereits 2002 in seiner Broschüre „Konsequenzen aus PISA“ als Reaktion auf die Ergebnisse der ersten PISA-Studie eingenommen hatte. Sie stoßen mit ihrer Initiative auf eine breite Resonanz. Immer mehr Lehrer und Schulleiter aus anderen Regionen des Landes bekunden ihre Solidarität. Viele Wissenschaftler, Verbände,

Elternvertreter und Politiker im Land unterstützen die Lehrer. Auch der BWHT hat den Autoren dieses offenen Briefes seine politische Unterstützung zugesagt.

Warum setzt sich das Handwerk in Baden-Württemberg für ein neues Bildungssystem ein?

1. Das Handwerk ist mit der Leistung des Schulsystems und insbesondere der Hauptschule unzufrieden.

Die mangelnde Ausbildungsreife führt dazu, dass

- ▶ viele Lehrstellen unbesetzt bleiben (Berechnungen des BWHT zufolge waren es im Ausbildungsjahr 2006 mindestens 8.000 offene Lehrstellen)
- ▶ viele Azubis Schwierigkeiten haben, die Ausbildung erfolgreich zu absolvieren. Die Folgen für die handwerkliche Ausbildung sind enorm: Nachhilfeunterricht erforderlich, 20 Prozent Ausbildungsabbruch, über 10 Prozent Durchfallquote bei den Prüfungen, Nachwuchssorgen.

Dem Handwerk fehlen die leistungsstarken Nachwuchskräfte, es fehlen die Leistungseliten, es fehlen die künftigen Unternehmer. Die Zukunft des Handwerks steht auf dem Spiel.

2. Die Leistung der Hauptschule reicht für eine erfolgreiche Ausbildung nicht mehr aus.

Die rasante technologische Entwicklung, eine globale Wirtschaft, verstärkte Kundenorientierung, Umweltaspekte und andere Veränderungen lassen die Anforderungen an die Ausbildungsanfänger kontinuierlich ansteigen. Immer weniger Hauptschüler können diesen Anforderungen gerecht werden.

3. Die demografische Entwicklung führt dazu, dass

- ▶ die Schülerzahlen stark abnehmen werden. Bis zum Schuljahr 2012/13 wird der Rückgang an den Gymnasien 3,5 Prozent, an den Realschulen 6,5 Prozent und an den Hauptschulen 20 Prozent betragen (vgl. Statistisches Monatsheft B-W 8/

2006, S. 13f.). Ein solcher Rückgang wird enorme Folgen auf die Schulstandorte haben.

- ▶ Arbeitskräfte erstens knapp und zweitens älter werden. Dies bedeutet, dass wir es uns nicht länger leisten können, ein Fünftel eines Altersjahrgangs aus der Schule zu entlassen, ohne dass diese Schüler ausbildungsreif sind. Wir brauchen jeden, hoffnungslose Fälle können wir uns nicht länger erlauben. Die Schulen müssen das Bildungsniveau deutlich anheben und die Zahl der Risikoschüler auf unter 10 Prozent senken.

4. Das Bildungs- und Berufswahlverhalten von Eltern und Kindern hat sich stark verändert.

Einer Umfrage des Instituts für Schulentwicklung Dortmund zufolge halten nur noch 8 Prozent der Grundschulleitern einen Hauptschulabschluss für wünschenswert. Auch immer mehr Schüler wollen lieber weiter auf der Schule bleiben, statt sich um eine Lehrstelle zu bemühen. Insbesondere leistungsstärkere Schüler glauben nicht, dass eine Lehre im gewerblich-technischen Bereich für sie das Passende ist. „Wenn ich eine Handwerkslehre anstreben würde, dann hätte ich den Realschulabschluss nicht machen brauchen“, lautet eine gängige Argumentationsweise.

Wie ist die Situation in der Hauptschule heute?

Immer weniger Schüler besuchen die Hauptschule.

Berechnungen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg zufolge wird im Schuljahr 2012/13 voraussichtlich ein Fünftel weniger Schüler die Hauptschule besuchen als im Jahr 2004/05. Im Zollernalbkreis wird das Minus sogar 27 Prozent betragen, im Stadtkreis Freiburg i. Br. und im Landkreis Esslingen dagegen „nur“ knapp 15 Prozent.

Bis zum Jahr 2020 prognostiziert das Statistische Landesamt für Baden-Württemberg einen Rückgang von 27 Prozent. Da in den vergangenen Jahren die Zahl der Hauptschüler stärker als erwartet abgenommen hat, ist davon auszugehen, dass sich diese Situation weiter zuspitzen wird. Dadurch werden immer mehr Hauptschulen in ihrem Fortbestand bedroht. Sie müssen entweder geschlossen werden oder mit einer geringen Schülerzahl befristet weitergeführt werden.

Ein solcher Rückgang bedroht die Schulstandorte.

Im Schuljahr 2005/06 sind bereits 687 der 1202 Hauptschulen einzügig gewesen, 362 Hauptschulen hatten weniger als 100 Schüler, davon hatten 309 Hauptschulen Klassen mit weniger als 16 Schülern. Nur noch 7,5 Prozent der Hauptschulen waren dreizügig, während es bei den Realschulen 80 Prozent und bei den Gymnasien 83 Prozent waren. Kleinsthauptschulen gibt es dabei nicht nur auf dem Lande, sondern auch in den Städten. Die große Herausforderung liegt in der Zukunft darin, gute und möglichst wohnortnahe Bildungsangebote für alle Schüler sicherzustellen.

Trotz vielfältiger Reformbemühungen stellt auch die zweite PISA-Studie der Hauptschule ein schlechtes Zeugnis aus.

Zwischen der ersten und der zweiten PISA-Studie werden in den Hauptschulen keine signifikanten Veränderungen festgestellt. Beispielsweise liegt die Lesekompetenz der Hauptschüler im Durchschnitt auf der niedrigsten Kompetenzstufe (Kompetenzstufe 1). Bei mehr als der Hälfte der 15-jährigen in der Hauptschule hat die PISA-Studie gezeigt, dass sie die Mindestanforderungen im Lesen nicht erreichen. Für diese Schüler stellen die PISA-Forscher eine ungünstige Prognose im Hinblick auf eine berufliche Ausbildung oder eine weitere schulische Laufbahn auf.

Der Baden-Württembergische Handwerkstag hat inzwischen zwei Broschüren zu dieser Thematik veröffentlicht: „Konsequenzen aus PISA – Positionen des Handwerks“ und „Mehr Mut für eine bessere Bildung – Problemstau trotz Reformen“. Sie sind abrufbar unter www.handwerk-bw.de/publikationen.html

Zukunft der Hauptschule

Ein Argumentationspapier des Handwerks



Die Qualität des Unterrichts in den Hauptschulen wird aufgrund der Zusammensetzung der Schülerschaft schlechter.

Obwohl die Lehrer sich für einen besseren Unterricht einsetzen, wird durch die Schüler-Auslese die Qualität des Unterrichts negativ beeinflusst, so dass keine Qualitätsverbesserungen zu erwarten sind. Prof. Baumert vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung hat in einer Studie herausgefunden: Die „Kompositionsmerkmale der Schülerschaft“ lassen einen ordnungsgemäßen Unterricht in einer wachsenden Zahl von Hauptschulen nicht mehr zu (Baumert 2006).

Was hat die Landesregierung bisher getan?

Wesentliche Reformmaßnahme ist das Reformkonzept „Impulse Hauptschule“.

Mit dem Reformkonzept "IMPULSE Hauptschule" hat die Landesregierung bereits Ende der 90er Jahre wichtige Akzente gesetzt. Es geht um eine optimale pädagogische Förderung, die unterschiedlichen Lern- und Leistungsvoraussetzungen gerecht wird, die die Schul- und Lernmotivation der Schülerinnen und Schüler erhöht und damit auch auf eine Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit hinwirkt. Wesentliche Zielsetzungen des Reformkonzepts IMPULSE Hauptschule sind:

- ▶ Optimale pädagogische Förderung
- ▶ Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit
- ▶ Förderung schwacher und benachteiligter Schülerinnen und Schüler
- ▶ Steigerung der Lern- und Schulmotivation
- ▶ Steigerung der persönlichen Leistungsfähigkeit

Leider konnten diese durchaus sinnvollen Maßnahmen die Situation an den Hauptschulen nicht deutlich verbessern.

Auch in der Koalitionsvereinbarung und der Regierungserklärung hat sich die Landesregierung zur Hauptschule bekannt.

In der Regierungserklärung hat Ministerpräsident Oettinger die Aussage gemacht: „Die Hauptschule ist für uns keine Restschule“. Das Handwerk ist aber der Ansicht, dass man die Hauptschule in ihrer heutigen Form sehr wohl als Restschule einstufen muss. Der Begriff „Restschule“ wird nicht verwendet, um die materielle und personelle Ausstattung der Hauptschulen zu beschreiben. Denn wir sind überzeugt, dass die Landesregierung hier ihr Bestes tut. Der Begriff „Restschule“ spiegelt vielmehr die geringe Akzeptanz und die geringe Nachfrage nach dieser Schulart bei den Jugendlichen und ihren Familien wieder.

Aus der Sicht des Handwerks wäre das Festhalten der Landesregierung an der Hauptschule nachvollziehbar, wenn es triftige Gründe dafür gäbe. In der Regierungserklärung wird aber die „praktische Begabung“ als Argument für den Erhalt der Hauptschule angeführt. Die Hauptschule, so Ministerpräsident Oettinger, „ist nicht die Schule für die weniger Gescheiten, sondern sie ist die Schule für diejenigen, die sich mehr aufs Praktische verstehen.“ In einer komplexen und stark technologieorientierten Wirtschaft kann aber nicht mehr zwischen Praxis und Theorie unterschieden werden. Ein Handwerker braucht beides. Er muss lösungsorientiert denken und arbeiten. Gerade in Handwerksberufen mit ihrer starken Kundenorientierung ist theoretisches Verständnis unabdingbar. Deshalb müssen in allen Schulen Theorie und Praxis gleichwertig gefördert werden.

Maßnahmenpaket zur Stärkung der Hauptschule ist unzureichend.

Mit dem Maßnahmenpaket zur Stärkung der Hauptschule, das die Landesregierung am 26. Juni 2007 präsentiert hat, werden Symptome behandelt, aber keine Ursachen bekämpft. Wesentliche Maßnahmen sind:

► Einsatz von pädagogischen Assistenten:
Das ist eine sinnvolle Maßnahme, deren Effizienz allerdings von der konkreten Umsetzung abhängt. Deshalb ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Bewertung möglich. Was kritisiert werden kann, ist die Anzahl der pädagogischen Assistenten, da 300 Assistenten nicht ausreichen, um den Bedarf von 1202 Hauptschulen zu decken.

► Lernstandsdiagnosen in der 5. und der 6. Klasse
Das ist ein sinnvoller Ansatz, der nicht auf die Klassen 5 und 6 beschränkt sein darf, sondern den gesamten Schulprozess von der ersten bis zur 9./10. Klasse umfassen muss.

► Kompetenzanalyse in Klasse 7
Kompetenzanalysen, die dazu dienen, die Guten von den Schlechten bzw. die praktische von der theoretischen Begabung zu trennen, lehnt das Handwerk ab. Eine Analysemethode, die es ermöglicht, im Alter von 13 Jahren die Berufsfelder ausfindig zu machen, die optimal zu den Talenten der Jugendlichen passen, gibt es nicht. Darüber hinaus stellt sich die Frage, auf welche Berufsfelder nun die Werkrealschule vorbereitet und auf welche der Praxiszug.

► Praxiszug in den Klassen 8 und 9
Eine Aufteilung in Werkrealschule und Praxiszug lehnt das Handwerk vehement ab, da das Potenzial, aus dem das Handwerk seinen Nachwuchs rekrutiert, weiter schrumpfen wird. Auch erachten die Handwerksorganisationen umfangreiche und lange Betriebspraktika als falschen Ansatz, um die Ausbildungsreife zu verbessern. Denn in einem Betrieb können schulische Defizite in Mathematik oder Deutsch nicht ausgeglichen werden. Zudem werden die Betriebe aufgrund der steigenden Nachfrage nach Praktikumsplätzen überfordert. Inzwischen gibt es zehn unterschiedliche Praktikumsarten, für die die Betriebe Praktikantenstellen bereit stellen sollen.

Fazit: Das Handwerk ist der Auffassung, dass diese Maßnahmen dazu dienen können, akute Probleme ein Stück weit zu entschärfen; sie sind aber nicht geeignet, die defizitären schulischen Leistungen grundlegend zu verbessern und die Akzeptanz dieser Schulart nachhaltig zu verbessern.

Was kann/soll getan werden?

Stärkung der Hauptschule!?

Trotz vielfältiger Reformbemühungen ist es in keinem Bundesland gelungen, die Hauptschule zu stärken bzw. das Schulwahlverhalten zu ändern. Wesentliche Reformbemühungen der Landesregierung waren:

- 1975 „Aktionsprogramm zur Weiterentwicklung der Hauptschule“
- 1984/85 „Programm zur Stärkung der Hauptschule“
- 1992 Einführung der Werkrealschule
- 1996 „Impulse Hauptschule“

Das Handwerk glaubt nicht mehr an eine Wiederbelebung der Hauptschule und möchte daher keine Zeit mehr mit Wiederbelebungsversuchen verlieren. Es ist schnelles Handeln erforderlich, bevor der demografische Wandel uns überrollt.

Zweigliedriges Schulsystem!?

Eine „echte“ Zusammenlegung von Haupt- und Realschule könnte ein Schritt in die richtige Richtung sein. Die Integration von Haupt- und Realschule vermindert die schulische Benachteiligung der Hauptschüler und erscheint vielen Bildungspolitikern derzeit als sinnvoller und akzeptabler Teilschritt für eine strukturelle Entwicklung. Mittel- und langfristig wird es aber Probleme, vor allem im ländlichen Raum geben. Da beide Schularten in stärkerem Maße Schüler einbüßen werden als die Gymnasien, wird eine wohnortnahe Beschulung wie bisher nicht mehr möglich sein. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass der Zulauf zum Gymnasium noch stärker zunehmen wird.

Zukunft der Hauptschule

Ein Argumentationspapier des Handwerks



Österreich, das seine Kinder bereits nach der vierten Klassen in zwei Schularten trennt, hat mit einer großen Selektionsproblematik zu kämpfen. Dort sind in den Ballungsräumen Übergangsquoten auf das Gymnasium von über 70 Prozent zu verzeichnen.

In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass zwei Schularten auf Dauer wenig sinnvoll sind. Es stellt sich daher die Frage, ob es nicht wesentlich besser wäre, wenn vor Ort eine Schule mit einem differenzierten Angebot existieren würde, an dem jeder nach Interesse und Begabung partizipieren kann; eine Schule, die sich der individuellen Förderung aller Schüler verschreibt und die nach neun Jahren Anschlüsse alternativ in einer dualen Ausbildung oder in einem beruflichen – oder allgemeinbildenden Gymnasium gewährleistet:

Eine „Schule für alle“!?

Aus den dargestellten Gründen und insbesondere mit Blick auf die Ergebnisse der IGLU-Studie, die den Grundschulen im internationalen Vergleich eine Spitzenposition bescheinigte, und auch im Hinblick auf eine wohnortnahe Beschulung, setzt sich das Handwerk für eine längere gemeinsame Schulzeit ein und hat sich für die Einführung einer 9-jährigen Grundstufe als Basisschule ausgesprochen. Sein Ziel ist nicht, Säulen im Denken und im Handeln aufzubauen, sondern diese abzubauen und Möglichkeiten der individuellen Entwicklung und Förderung zu schaffen.

Das Handwerk ist der Auffassung, dass eine zukunftsgerichtete Bildungspolitik wichtig ist, welche den vorschulischen Bereich zur Bildungsphase erklärt und ausbaut, eine neue Lernkultur der individuellen Förderung einführt und dem Aspekt der Nachhaltigkeit Rechnung trägt. Wir brauchen jeden, hoffnungslose Fälle können wir uns nicht länger erlauben. Wir müssen möglichst jeden möglichst weit mitbringen ohne das Bildungsniveau dabei abzusenken, um den Bedarf an Nachwuchskräften der Wirtschaft abdecken zu können. Wenn wir davon ausgehen, dass wir jeden Schüler brauchen und uns um jeden kümmern müssen, dann kann es nur um eine breite Differenzierung und Förderung der Lernenden gehen und nicht mehr um Selektion nach vermeintlichen Begabungen und um Unterricht in vermeintlich homogenen Klassenverbänden. Dass eine solche Schule funktionieren kann und große Erfolge zeitigen kann, zeigen zum Beispiel die Erfahrungen aus Finnland, Kanada, Schweden oder Südtirol.

Das Handwerk appelliert an die Landesregierung, ein neues Zeitalter in der Bildungspolitik einzuleiten und Modellversuche zuzulassen.

Bundesländer brechen das starre Schulsystem auf

In immer weniger Bundesländern wird so starr am gegliederten Schulsystem fest gehalten wie in Baden-Württemberg. Nicht nur SPD-geführte Länder weichen von den drei klassischen Stufen Haupt-, Realschule und Gymnasium ab, auch in unionsgeführten Ländern gibt es Aufweichungen. Einige Beispiele:

Hamburg

Die CDU-Alleinregierung will zum 1. August 2009 anstelle von Haupt-, Real- und Gesamtschulen eine Stadtteilschule einrichten. Die Stadtteilschulen sollen alle Schulabschlüsse bis hin zum Abitur nach 13 Jahren anbieten. Daneben soll das Gymnasium nach zwölf Jahren zur Hochschulreife führen.

Freistaat Sachsen

In Sachsen gibt es seit 1992 nur zwei Schularten: die Mittelschule und das Gymnasium. Die Schüler können nach erfolgreichem Besuch der Klasse 9 den Hauptschulabschluss, nach erfolgreichem Besuch der Klasse 10 den Realschulabschluss erwerben.

NRW

Zwei von der CDU regierten Gemeinden wollen im kommenden Jahr 2007/08 eine Gemeinschaftsschule einrichten. Dort sollen von der 5. bis zur 7. Klasse alle Kinder gemeinsam lernen.

Schleswig-Holstein

Die CDU/SPD-Koalition hat ein neues Schulgesetz verabschiedet, das die Schaffung von Gemeinschaftsschulen, in denen die Schüler bis zur 10. Klasse gemeinsam lernen, vorsieht. Diese Schulen sollen die Abschlüsse von Haupt- und Realschulen sowie den Übergang zur gymnasialen Oberstufe anbieten.

Haupt- und Realschulen werden zu sog. Regionalschulen zusammengeschlossen. Regionalschulen gibt es auch in Rheinland-Pfalz und in Mecklenburg-Vorpommern. Im Saarland nennen sich die anstelle von Haupt- und Realschulen entstandenen Schulen „Erweiterte Realschulen“.

Österreich

In Österreich hat im Juni 2007 die Ministerin für Unterricht, Kunst und Kultur eine Reformkommission eingesetzt. Die 13 Experten der Reformkommission haben die Aufgabe, bestehende Schulmodelle zu beurteilen und bildungspolitische Innovationen zu erarbeiten. Auch drei Deutsche wurden in die Reformkommission einberufen: der Leiter der finnischen Schulbehörde Rainer Domisch, die Pädagogin Enja Riegel ehemalige Leiterin der Helene-Lange-Schule in Wiesbaden, und PISA-Erfinder Andreas Schleicher von der OECD.

Impressum:

Baden-Württembergischer Handwerkstag
Heilbronner Strasse 43
70191 Stuttgart
www.handwerk-bw.de

Verantwortlich:

Dr. Ekaterina Kouli, Abteilungsleiterin Bildungspolitik des Baden-Württembergischen Handwerkstages
Claus Munkwitz, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Region Stuttgart

Und die weiteren Mitglieder des BWHT-Landesausschusses Bildungspolitik
Dieter Diener, Hauptgeschäftsführer Fachverband Bau Württemberg e.V.
Andreas Kofler, Geschäftsführer des Landesinnungsverbandes für das württ. Bäckerhandwerk e.V.
Gerd Lutz, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Karlsruhe
Kerstin Lichtenborg, Leiterin der Abteilung Berufsbildung der Handwerkskammer Heilbronn-Franken
Dr. Hartmut Richter, Hauptgeschäftsführer des Baden-Württembergischen Handwerkstages
Dr. Bernd Stockburger, Geschäftsführer Handwerkskammer Region Stuttgart
Michael Wohlrabe, Sprecher der Geschäftsführung der Handwerkskammer Freiburg
Manfred Wolfensperger, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Konstanz

Bildquelle Titelmotiv: handwerksbilder.de, Handwerkskammer Region Stuttgart

Stuttgart, Oktober 2007